

Wohnungslosigkeit weiterhin hoch – BAWO warnt vor Dunkelziffer und steigender Wohnungsnot

Mit 20.573 Personen bleibt die Zahl registriert wohnungsloser Menschen konstant hoch, zeigt ein heute veröffentlichter Bericht der Statistik Austria. Doch weit über diese Zahlen hinaus kämpfen Menschen mit drohendem Wohnungsverlust, prekären Wohnsituationen oder sind verdeckt wohnungslos. Wer bei Menschen mit geringem Einkommen spart, produziert Wohnungslosigkeit, warnt die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe.

Wien, 06.06.2025 – Laut dem heute veröffentlichten Bericht „Wohnen 2024“^[1] der Statistik Austria waren im Jahr 2023 20.573 Menschen in Österreich als obdach- oder wohnungslos registriert. Seit Jahren stagniert diese Zahl auf einem konstant hohen Niveau. Gleichzeitig steigt die Wohnungsnot bei Menschen mit geringem Einkommen, berichten Sozialorganisationen. Die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe, sieht das als Warnsignal.

„Positiv ist, dass die offiziellen Zahlen wohnungsloser Menschen in den Krisenjahren nicht massiv gestiegen sind. Das liegt vor allem an wichtigen Maßnahmen in der Delogierungsprävention und bei Housing First. Diese werden wir weiterhin brauchen“, so BAWO Obfrau Elisabeth Hammer in Bezug auf den WOHN-SCHIRM^[2] des Sozialministeriums. Aber, ergänzt Hammer: „Mit einer Stagnation können wir uns auf keinen Fall zufriedengeben. Über 20.500 wohnungslose Menschen – das ist die Größenordnung einer ganzen Kleinstadt in Österreich!“

Verdeckt wohnungslose Menschen fehlen in der Statistik

Hinzu kommt ein statistisches Dilemma: Als registriert wohnungslos gelten jene Menschen, die bei Hilfeeinrichtungen angedockt sind. Sie übernachten etwa in Notunterkünften, in Wohnheimen oder Übergangswohnungen. Was die Statistik nicht ausweist, ist die Zahl verdeckt wohnungsloser Menschen – also jener, die sich beispielsweise aus Scham nicht an Sozialorganisationen wenden, die von Couch zu Couch ziehen oder die alternativlos in Zweck- oder Gewaltbeziehungen leben. Und das sind viele: Die BAWO geht davon aus, dass tatsächlich bis zu doppelt so viele Menschen wohnungslos sind, als die derzeitige Datenlage hergibt.

In der Praxis teilt man diese Einschätzung. Während im Jahr 2023 etwa in Vorarlberg laut Statistik Austria 722 Menschen offiziell als wohnungslos registriert waren, spricht die dortige ARGE Wohnungslosenhilfe von über 2.800 Betroffenen^[3]. Die Salzburger Wohnbedarfserhebung^[4] weitet ihren Blick auf jene Personen aus, die in ungesicherten oder in inadäquaten Wohnverhältnissen leben. Hier verzeichnet das Bundesland 1.573 Betroffene im Vergleich zu 1.087 registriert wohnungslosen Personen.

Hohe Wohnkosten belasten besonders Menschen mit geringem Einkommen

Bedenklich ist auch, dass Mietpreise stärker steigen als die Gesamtinflation. Lagen die durchschnittlichen Wohnkosten pro m² im Jahr 2014 noch bei € 6,90/m² kommt man 2024 auf bereits € 9,80/m². Je nach Rechtsform und Dauer eines Mietvertrags brechen diese Preise aber drastisch nach oben aus: Wer am privaten Markt und befristet mieten muss, zahlt mehr. Befristete Mietverträge

sind laut Statistik Austria um ganze € 4,--/m² teurer als unbefristete Verträge. Das macht einen Unterschied von jährlich € 2.880 für eine 60m² Wohnung.

Auch lokale Unterschiede sind zu beachten: Wie Zahlen eines Immobilienportals zeigen, übersteigen in Salzburg, Tirol und Wien durchschnittlich angebotene Bruttomieten die Marke von €20/m².^[5]

Besonders belastend sind hohe Wohnkosten für Menschen mit wenig Einkommen: Laut „Wohnen 2024“ wenden 41% der armutsgefährdeten Haushalte mehr als 40% ihres monatlichen Einkommens fürs Wohnen auf. „Für Menschen mit geringem Einkommen bleibt nach Abzug der Wohnkosten fast nichts mehr zum Leben übrig. Dann bleibt am Ende des Monats oft die Wahl: Leiste ich mir ein warmes Essen oder zahle ich die Miete rechtzeitig?“, schildert Elisabeth Hammer.

Warnung vor Kürzungen bei Sozialleistungen und Unterstützungsangeboten

Was muss also getan werden, um leistbares Wohnen für alle möglich zu machen und Wohnungslosigkeit zu beenden? Im Programm der Bundesregierung findet sich laut BAWO durchaus Positives^[6], etwa ein Bekenntnis zu Housing First, eine Deckelung der Mietpreise und eine längere Mindestdauer von befristeten Mietverträgen. Der aktuelle Spardruck darf aber keinesfalls zu Kürzungen bei Sozialleistungen und bei Unterstützungsangeboten führen.

„Sich das Wohnen dauerhaft leisten zu können, ist die Basis für alles – für Arbeit, Bildung, Teilhabe und ein Leben in Würde und Sicherheit. Wer jetzt bei jenen spart, die ohnehin schon wenig Einkommen haben, produziert Wohnungslosigkeit – mit allen individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten“, so Hammer.

[1] <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/2173>

[2] <https://wohnschirm.at/#housing>

[3] <https://vorarlberg.orf.at/stories/3307871/>

[4] <http://forumwlh.at/2025/05/24/ausblick-auf-soziale-wohn-versorgungssicherheit-in-stadt-und-land-salzburg-wohnbedarfserhebung-10-2024/>

[5] <https://www.diepresse.com/19751698/20-euro-pro-quadratmeter-marke-geknackt-in-diesen-landeshauptstaedten-ist-mieten-am-teuersten>

[6] https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2025/02/BAWO_Reaktion-Regierungsprogramm_022025.pdf

Über die BAWO

Die BAWO setzt sich für die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit ein und für leistbares, dauerhaftes und inklusives Wohnen für alle ein. Als Dachverband sieht sich die BAWO als Interessensvertretung der Wohnungslosenhilfe in Österreich. Mit Publikationen, Vernetzungsarbeit und Fachtagungen entwickelt die BAWO Antworten auf strukturelle Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und treibt fachliche Standards voran. 56 NGOs und 91 persönliche Mitglieder sind Teil der BAWO.

BAWO steht für Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.



Pressekontakt

Gerhard Schützinger
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit
BAWO – Wohnen für alle
gerhard.schuetzinger@bawo.at
+43 660 81 38 616
www.bawo.at